

Unverkäufliche Leseprobe

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.



Neue Fischer Weltgeschichte

Herausgegeben von

Jörg Fisch

Wilfried Nippel

Wolfgang Schwentker

Neue Fischer Weltgeschichte
Band 6

Willibald Steinmetz

Europa im
19. Jahrhundert

S. Fischer



Erschienen bei S. FISCHER

© 2019 S. Fischer Verlag GmbH, Hedderichstr. 114,
D-60596 Frankfurt am Main

Karten: Peter Palm, Berlin

Satz: Dörlemann Satz, Lemförde

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-10-010826-5

Zur Neuen Fischer Weltgeschichte

Was ist Weltgeschichte? Die Rede von ihr führt die Idee einer Totalität mit sich, einer Totalität des Raumes und der Zeit, des Geschehens und der Erfahrung, des Handelns und des Erleidens. Doch so notwendig die Vorstellung eines Ganzen im Ablauf der Zeit als regulative Idee der Weltgeschichte ist, so wenig kann der Mensch eine solche Gesamtheit empirisch erfassen.

Im Bewusstsein dieser Begrenzung bildet für die *Neue Fischer Weltgeschichte* die Aufgliederung des Globus in überschaubare, geographisch vorgegebene und historisch gewachsene Regionen den Ausgangspunkt. Innerhalb dieses Rahmens versteht sie sich nicht als Geschichte von Ländern oder Staaten, sondern als eine solche von Räumen und der Wechselwirkungen zwischen ihnen. Sie setzt Akzente durch Verbindungen und Trennungen, indem sie manche Kontinente, so Afrika und Europa, als Einheiten behandelt, während sie Amerika und insbesondere Asien stärker gliedert. Gewichtung und Strukturierung erfolgen auch in der zeitlichen Dimension, wenn eine Weltregion in zwei chronologisch aufeinanderfolgenden Bänden behandelt wird – im Falle Europas sind es sogar mehrere Bände. In solchen Schwerpunktsetzungen liegt einerseits das Eingeständnis eines Eurozentrismus, in dessen Tradition diese Weltgeschichte steht, ob sie will oder nicht, und andererseits der Ansporn für seine Überwindung in einer konsequenten systematischen Gleichbehandlung der verschiedenen Räume.

Die einzelnen Bände beschreiben einleitend die Rahmenbedingungen des jeweiligen Raumes für eine auf den Menschen bezogene und zumindest teilweise auch von ihm gemachte Geschichte, während sie am Schluss nach dem weltgeschichtlichen

Ertrag (im positiven wie im negativen Sinne) fragen. Innerhalb einer Weltregion wird die Geschichte in Epochen behandelt, und jede Epoche ist ihrerseits nach Sachgebieten gegliedert, wobei Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur im Vordergrund stehen.

Das Vorgängerwerk, die weitverbreitete *Fischer Weltgeschichte* aus den 1960er Jahren, erhob den Anspruch, zu zeigen, »wie die Menschheit in ihrer Geschichte zum Selbstbewusstsein erwacht«. Die Geschichtswissenschaft ist seither zurückhaltender geworden. Die *Neue Fischer Weltgeschichte* betrachtet ihren Gegenstand nicht als einlinigen Fortschrittsprozess, sondern als polyphones Geschehen mit ständig wechselnden Haupt- und Nebenstimmen, die ihre Bedeutung behalten, selbst wenn sie längst verstummt sind.

Die Herausgeber

Inhalt

Einleitung

1. Europa in der Welt – eine Provinz? 11
2. Europa – eine Einheit? 20
3. Das 19. Jahrhundert – eine Epoche? 30
4. Europas Dynamik im 19. Jahrhundert:
Wettbewerbe und Vergleiche 44

I Europa 1800–1815

1. Napoleonische Vormacht und britische Weltmacht:
Strukturelle Voraussetzungen 49
2. Die Macht Napoleons: Charisma oder Manipulation? 61
3. Alte und neue Dimensionen des Krieges 69

II Europa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

A Gesellschaft

1. West-Ost-Gefälle? 93
2. Bäuerliche Verhältnisse 95
3. Adlige Lebenswelten 112
4. Bürgerliche Gesellschaften 128

B Wirtschaft

1. Letzte Subsistenzkrisen und regionale Industrialisierungen 144
2. Chancen und Grenzen des Wachstums: zeitgenössische Perspektiven 146
3. Die demographische Entwicklung: Probleme und Folgen 151
4. Der Reichtum der Nationen: Pioniere und Nachzügler 163

C Kultur

1. Die Macht der Geschichte: Visionen von Fortschritt und Wiedergeburt 186
2. Im Dienst der Staats- und Nationsbildung: Sprache, Erziehung, Religion 204
3. Die schönen Künste: Autonomiepostulat und neue Abhängigkeiten 230

D Politik: Ordnung, Umordnung, Unordnung

1. Frieden machen: Etablierung des »Konzerts« der Mächte 255
2. Konflikte eindämmen: Revolutionen, Interventionen, Neutralisierungen 271
3. Umkämpfte Leitbegriffe: Monarchie, Konstitution, Reform 294

III Zwischen Revolution und Reaktion (1846–1852)

1. Anfänge und Konfliktlinien: Portugal, Krakau, Schweiz, Italien 317
2. Typischer Verlauf oder Sonderfall? Frankreich 1847–1852 333

3. Die unauffindbare Nation:
Deutsche, Dänen, Polen, Völker des Habsburgerreichs 343
4. Revolution als Lernprozess?
Formen politischer Kommunikation 356

IV Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

A Wirtschaft

1. Wettbewerb der Nationen: Arenen und Streitfragen 365
2. Wachstumspfade: Aufholen und Zurückbleiben 382
3. Unternehmenskulturen:
Global Player und mittelständische Betriebe 399
4. Geldzirkulation: Kunst des Haushaltens und
internationaler Finanzkapitalismus 409

B Gesellschaft

1. Wachsende Gleichheit und zunehmende Heterogenität 428
2. Frauen und Männer 432
3. Junge und Alte 445
4. Außenseiter und Integrierte 468

C Kultur

1. Kulturen im Plural 489
2. Streit der Gelehrten: die Wissenschaften 491
3. Sezessionen: die Künste 506
4. Massenkultur und Kulturkritik 521
5. Kulturkämpfe: die Kirchen und ihre Gegner 536

D Politik im Zeichen nationaler und imperialer Rivalität

1. Vier Tendenzen 547
2. Neue Nationalstaaten und unerfüllte Träume 551
3. Das Vordringen der Staatsgewalt 576
4. Pfade der Demokratisierung und
Parlamentarisierung 590
5. Imperienbildung zwischen Konfrontation
und Kooperation 602

V Europa um 1900 – Rückblicke und Ausblicke

1. Vier Krönungen und ein Begräbnis 615
2. Friedenshoffnungen und Kriegsängste 624
3. Von der Degeneration zur Regeneration:
Visionen und Widersprüche 632
4. *Fin de siècle*: Vergangenheit und Zukunft am Ende
des 19. Jahrhunderts 645

Anhang

Dank 661

Anmerkungen 663

Ausgewählte Literatur 718

Zeittafel 730

Personen- und Ortsregister 738

1. Napoleonische Vormacht und britische Weltmacht: Strukturelle Voraussetzungen

Politisch bewegte in den ersten fünfzehn Jahren des 19. Jahrhunderts ein Mann wie kein anderer die europäische Geschichte: Napoleon Bonaparte. Von Spanien bis Russland, von Schweden bis Ägypten, von Irland bis Italien rief er ebenso viel Bewunderung wie Abscheu hervor. Durch ihn wurde die politische Landkarte Europas gründlich verändert. Er erklärte die Revolution in Frankreich für beendet, aber seine Offiziere, Beamten und Anhänger trugen ihre Prinzipien so weit, wie der Einfluss seiner Armeen reichte. Napoleons Aufstieg und Fall besitzt eine dramatische Qualität, die uns bis heute fasziniert. In Frankreich blieb der Mythos seines Kaiserreichs so lebendig, dass sein Neffe Louis Napoléon Bonaparte es von 1852 bis 1870 noch einmal aufführen konnte. Dessen Herrschaft erwies sich durchaus nicht nur als »Farce«, wie Karl Marx zu Anfang geglaubt hatte. Der »Bonapartismus« wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Bezeichnung einer Regierungsform eigener Prägung. Das Charisma des Herrschers, plebiszitär bestätigt, war ihr entscheidendes Element.

Weit über seine Lebenszeit hinaus machte Napoleon Geschichte, jedoch nicht allein und aus freien Stücken. Er war für seine Erfolge auf Ressourcen angewiesen und griff auf Traditionen zurück. Auf nationaler wie internationaler Ebene fand er Strukturen vor, die ihm Chancen eröffneten, aber seinen Spielraum auch einengten. Als unüberwindbares Hindernis sollte sich für ihn das offene Meer erweisen, denn es wurde nach der Seeschlacht von Trafalgar (1805)



Karte 1



von der Royal Navy unangefochten beherrscht. Napoleon gelang es nicht, die britische Weltmacht zu erschüttern, und seine Versuche, global zu agieren, scheiterten. Ausschlaggebend für seinen Sturz in Europa war aber wohl etwas anderes: die in seiner Politik angelegte Grenzenlosigkeit der Ambitionen. Doch wenden wir uns zunächst Napoleons Stärken zu.

Eine Grundlage seiner Macht bildete das demographische Gewicht Frankreichs. Um 1800 hatte Frankreich ohne die nach den Friedensschlüssen von Basel und Campo Formio (1795/97) gewonnenen Gebiete 29 Millionen, nach anderen Schätzungen 27 Millionen Einwohner, das waren zwischen 14 und 15 Prozent der europäischen Gesamtbevölkerung, die um diese Zeit auf annähernd 190 Millionen geschätzt wird.⁵⁷ Die Franzosen stellten damit die größte in einem kompakten Staat geeinte Nation Europas. Der russische Zar gebot zwar über mehr Untertanen, Schätzungen liegen zwischen 38 und 44 Millionen Menschen; diese fühlten sich jedoch weder ethnisch noch politisch einer Nation zugehörig.⁵⁸ Das Zarenreich war ein Vielvölkerreich, nur gut die Hälfte waren Russen. Unterschiedlichen Völkern gehörten auch die um 1800 etwa 25 Millionen Bewohner des Habsburgerreiches an, das durch die Friedensschlüsse von Pressburg und Schönbrunn (1805/09) beträchtliche Gebiete im Westen, Süden und Nordosten verlor.⁵⁹ Die Zahl derer, die sich sprachlich und kulturell als »deutsch« definierten, mochte derjenigen der Franzosen etwa gleichkommen, ihre Uneinigkeit war jedoch sprichwörtlich. Schon vor Beginn der Revolutionskriege 1792 band das Heilige Römische Reich Deutscher Nation die in seinen Grenzen lebenden, etwa 27,5 Millionen Einwohner, darunter auch Flamen, Wallonen, Italiener, Slowenen und Tschechen, politisch nicht mehr zusammen.⁶⁰ Nach 1800 waren die Zerfallszeichen offensichtlich. Großbritannien schließlich, weltweit der gefährlichste Rivale Frankreichs und im Hinblick auf Nationalgefühl und innere Einheit mindestens ebenbürtig, hatte – ohne die Iren – nur gut ein Drittel seiner Einwohner: 10,5 Millionen. Die im Jahr 1801 vollzogene politische Union mit Irland fügte dem nunmehr Vereinigten Königreich noch einmal mehr als fünf Millionen Einwohner hinzu.⁶¹ Doch die große

Mehrzahl der Iren, die Katholiken, galten den Briten als national unzuverlässig, wenn nicht als potentielle Franzosenfreunde. Die letzte Rebellion der Iren lag gerade erst drei Jahre zurück.

Neben der Bevölkerung und ihrem politischen Zusammenhalt sind wirtschaftliche Leistung und hohe Einnahmen entscheidend für die Machtentfaltung eines Staats. Auf dem europäischen Kontinent hatte Frankreich in dieser Hinsicht keine Rivalen zu fürchten. In den Anfangsjahren der Herrschaft Napoleons als Erster Konsul erholte sich, begünstigt durch die Friedensschlüsse von Lunéville und Amiens (1801/02), die französische Wirtschaft. Dies und die Eingliederung der linksrheinischen Gebiete ließen das Steueraufkommen ansteigen.⁶² Zugleich gelang es Napoleon und seinem Finanzminister Charles Gaudin, das Vertrauen der Gläubiger in den Staat zurückzugewinnen, das nach einem partiellen Staatsbankrott unter dem Direktorium (1797) verlorengegangen war. Wichtige Schritte auf diesem Weg waren die nach britischem Vorbild gegründete *Banque de France* (1800), eine straff zentralistische Organisation der Finanzverwaltung, die Stabilisierung der Währung durch Einführung des *Franc* mit gesetzlich festgelegter Golddeckung (1803) und, mit großem Popularitätseffekt, die Rückkehr zur Auszahlung der Renten auf Staatspapiere in bar. Vor neuer Kreditaufnahme schreckte Napoleon zurück. Was das Schuldenmachen angeht, besaß er, wie viele Franzosen nach der Erfahrung des Zusammenbruchs des Ancien Régime, eine eher kleinbürgerliche Mentalität.⁶³ Unpopulär, aber für die Staatsfinanzen heilsam, war die Wiedereinführung und schrittweise Erhöhung indirekter Steuern, die zu Beginn der Revolution 1789/90 abgeschafft worden waren.⁶⁴ Mit der Neuaufnahme des Krieges 1803 wirkten sich vor allem die militärischen Eroberungen positiv auf den Staatshaushalt aus, denn die Armee lebte während der Kriegszeit auf Kosten der besetzten Gebiete. Die den unterlegenen Gegnern und neuen »Verbündeten« abgepressten Kontributionen und geraubten Reichtümer wanderten zum großen Teil in den *domaine extraordinaire* des Kaisers, eine Art außerordentlicher Kasse, über deren Mittel dieser allein entschied. So konnte er innerhalb Frankreichs auf neue Steuern verzichten. Laut offiziellen Budgets stiegen zwischen

1801 und 1812 die französischen Staatsausgaben (ohne den *domaine extraordinaire*) von 549,6 Millionen auf rund eine Milliarde Franc. Erst ab dem Jahr 1812 entstanden nennenswerte Defizite.⁶⁵ Solange die Armeen Napoleons im Feindesland standen und siegten, blieben seine Kriege – aus französischer Sicht – solide finanzierbar.

Bei seinen Gegnern auf dem Kontinent sah die Lage schlechter aus. Das Habsburgerreich, bis 1809 Frankreichs hartnäckigster Feind, erreichte nicht annähernd die Wirtschaftsleistung des napoleonischen Empire und war weit weniger erfolgreich in seiner Steuer- und Finanzpolitik. Es gab kein einheitliches Steuerwesen, die ungarische Monarchie hatte ein eigenes System. Zudem besaß der Staat in beiden Reichsteilen nicht die alleinige Finanzgewalt, sondern war auf die Mitwirkung der Stände angewiesen. In den österreichischen Erbländern blieb ein 1806 wieder ins Spiel gebrachter, zuvor schon einmal von Joseph II. unternommener Versuch, eine allgemeine Grundsteuer zu erheben, im Beratungsstadium stecken.⁶⁶ Zur Deckung des staatlichen Geldbedarfs reichten die bestehenden indirekten Steuern, Zölle, Erträge aus Staatsdomänen, Zusatzsteuern auf bestimmte Gewerbe und Vermögen sowie die von den Ständen beizubringenden Kontributionen bei weitem nicht aus. Schon vor 1800 hatte die Staatsschuld Höchststände erreicht (572 Millionen Gulden im Jahr 1798). Der Staat war kaum noch kreditwürdig. Um das Problem zu lösen, griff die Wiener Regierung auf das schon seit Maria Theresia verwendete Mittel der Ausgabe von Papiergeld, sogenannten Banco-Zetteln, zurück. Die Emittierung geschah mit Hilfe der Hauptkasse der Stadt Wien und privater Banken; die Nationalbank wurde erst 1816 gegründet.

Die Folge war eine galoppierende Inflation. Der Papiergeldumlauf stieg von 35 Millionen (1795) über 337 Millionen (1802) auf über eine Milliarde Gulden, bevor im Februar 1811 durch ein »Devaluationspatent« der Wert der Banco-Zettel auf ein Fünftel reduziert wurde. Selbst dieser faktische Staatsbankrott konsolidierte die österreichischen Staatsfinanzen nicht; im Jahr 1816 musste noch einmal abgewertet werden. Die von der ungarischen Hofkammer zeitweise erzielten Überschüsse waren in der Höhe viel zu gering, um



Abb. 1: Fünfhundert Gulden, im Umlauf 1800–1811, Österreichische Nationalbank

die Staatsschuld der Gesamtmonarchie signifikant zu reduzieren.⁶⁷ Die Fähigkeit der Habsburgermonarchie, Armeen zu unterhalten und Kriege zu finanzieren, blieb unter diesen Umständen weit hinter dem französischen Niveau zurück. Die Zögerlichkeit der österreichischen Kriegführung in den Jahren 1812–1814, zunächst als Verbündeter, dann als Gegner Napoleons, war auch auf diese Finanzschwäche zurückzuführen.

Im Gegensatz zu Österreich konnte Preußen bis 1806 sogar leichte Überschüsse erzielen. Es profitierte von seiner Neutralitätspolitik nach 1795, dem Gebietszuwachs aufgrund der polnischen Teilungen und seiner effizienten Verwaltung. Etwa ein Drittel der Einnahmen stammte aus staatlichen Domänen, der Rest aus städtischen Verbrauchs- und ländlichen Grundsteuern.⁶⁸ Einen großen Teil davon (etwa 60 Prozent) wendete Preußen für sein unverhältnismäßig großes stehendes Heer auf. Vor Kriegsbeginn 1806 betrug dessen Friedensstärke 235 000 Mann bei einer Einwohnerzahl von knapp

10 Millionen. Wie gering Preußens Reserven waren, offenbarte sich nach der Niederlage von Jena und Auerstedt im selben Jahr. Die an Frankreich zu zahlenden Kontributionen, nach Fürsprache des Zaren im Jahr 1808 von 140 auf 120 Millionen Franc ermäßigt, laugten das Land aus; die Lasten der fortbestehenden französischen Besatzung kamen hinzu. Die Einnahmen halbierten sich, während sich die Staatsschuld zwischen 1807 und 1815 mehr als verfünffachte: von 53,5 auf 287,6 Millionen Taler. Der fiskale Aspekt stand daher bei den Preußischen Reformen, insbesondere bei Hardenberg, als Motiv im Vordergrund. Trotz der Notlage gelang es jedoch nicht, den Adel zum Verzicht auf die Befreiung von der Grundsteuer zu bewegen oder auf anderen Wegen eine Erholung der Staatsfinanzen einzuleiten. Preußens Kriegsanstrengungen ab 1812 waren so im Wesentlichen durch Schulden finanziert, ein Bankrott wie in Österreich wurde aber vermieden.

Anders als Österreich, Frankreich oder Preußen verfügte das russische Zarenreich über riesige materielle Ressourcen, sein Staatshaushalt war jedoch schon unter Peter dem Großen chronisch defizitär.⁶⁹ Die seit 1723/24 von allen Bauern, den Leibeigenen des Adels wie den staatlichen Domänenbauern, erhobene Kopfsteuer genügte trotz mehrfacher Erhöhungen im 18. und frühen 19. Jahrhundert zu keinem Zeitpunkt, um die Ausgaben für Hof, Verwaltung und Militär auch nur annähernd zu decken. Adel und Klerus waren von allen direkten Steuern befreit, und die »Gnadenurkunde« Katharinas II. (1785) beseitigte auch die Pflicht des Adels zum Staats- und Offiziersdienst, der in gewisser Weise als Ersatz für die Steuerleistung gelten konnte. Durch ihre »Stadturkunde« des gleichen Jahres begünstigte Katharina ebenso die (wenigen) reichen Kaufleute und Unternehmer in den Städten: Gegen eine nur einprozentige Abgabe auf ihr selbst deklariertes Kapital konnten sie sich von weiteren Steuern befreien und genossen neben abgestuften gewerblichen Freiheiten das Privileg, sich vom Rekrutendienst loszukaufen. Dieser lastete im Wesentlichen auf den Bauern. Für diejenigen Bauernsöhne, die von ihren Herren zum Militärdienst abgestellt wurden, bedeutete der Dienst eine 25-jährige Verpflichtung, faktisch einen Abschied

von der Familie für immer. Die von Katharina II. geschaffene Privilegienordnung hatte bis ins spätere 19. Jahrhundert Bestand. Versuche, daran etwas zu ändern, stießen auf erbitterten Widerstand. Katharinas 1796 auf den Thron gelangter Nachfolger Paul I., der die Adligen wieder zum Dienst zwingen und sogar ihre Exemtion von der Körperstrafe aufheben wollte, wurde 1801 ermordet. Wenige Jahre später zahlte Zar Alexanders I. reformfreudiger Staatssekretär Michail Speranski seine Pläne, dem Adel eine befristete Einkommensteuer aufzuerlegen, mit seinem Sturz und der Verbannung in den Ural (März 1812). Zu diesem Zeitpunkt hatten die Kriege gegen Napoleons Armeen und das Osmanische Reich bereits Unsummen gekostet. Wie schon unter Katharina II. griff der russische Staat auf die gesteigerte Ausgabe von Papierrubeln, also das Mittel der Inflation, zurück, um seine Einnahmeschwäche auszugleichen, die sich durch den Beitritt zu Napoleons Kontinentalsperre (1807) noch verschärft hatte, weil die Erlöse des Exports nach Großbritannien wegbrachen. Der Umlauf von Papierrubeln vervielfachte sich, während ihr Wert gegenüber dem Silberrubel, der bis 1806 noch bei etwa 75 Prozent gelegen hatte, bis 1815 auf unter 25 Prozent sank.⁷⁰ Auf dem Höhepunkt der Bedrohung durch Napoleons *Grande Armée* im Jahr 1812 waren viele Untertanen des Zaren, auch aus den kriegsfernen Provinzen, bereit, alles für die Rettung des Vaterlands zu tun: Bauernsoldaten und junge adlige Offiziere gaben Leib und Leben, der auf den Gütern bleibende Grundadel und die Kaufleute immerhin Geld- und Sachspenden (Ausrüstung, Verpflegung).⁷¹ Die Staatsfinanzen wurden auf diese Weise zwar kurzfristig entlastet, aber nicht saniert. Massen von Papierrubeln blieben bis zur Währungsreform 1839/43 im Umlauf, doch auch durch diese Reform konnte das russische Staatsschuldenproblem nicht nachhaltig gelöst werden.⁷²

Verglichen mit den kontinentaleuropäischen Ländern stand Napoleons Militärmacht also bis zum Desaster des Russlandfeldzugs auf sicheren finanziellen Grundlagen. Weniger vorteilhaft fällt der Vergleich mit Großbritannien aus. Wirtschafts- und Finanzhistoriker haben in der überlegenen Fähigkeit des britischen Staats, die Ressourcen des Mutterlands und des Kolonialreichs in Form von

Steuern, Zöllen und Krediten für den Krieg zu mobilisieren, den Hauptgrund für den Sieg der alliierten Mächte über Napoleon gesehen.

Schon im späteren 18. Jahrhundert stach die Durchsetzungsstärke des britischen Fiskalstaats hervor. In den Kriegsjahren von 1792 bis 1815 waren die Briten die pro Kopf am höchsten besteuerte Nation Europas.⁷³ Im Unterschied zu Österreich, Preußen oder Russland wurden auch die höheren Stände zur Kasse gebeten. Wie in Frankreich seit der Revolution gab es in Großbritannien keine standesbedingten Steuerprivilegien. Alle Landbesitzer, ob adlig oder nicht, zahlten Grundsteuer, und ähnlich wie in Frankreich trafen die Steuern auf bestimmte äußere Zeichen des Wohlstands wie Kutschen, Diensthofen, Fenster, Schornsteine (*assessed taxes*) vor allem die Reichen. Das britische System glich dem napoleonischen auch insofern, als leicht einzutreibende indirekte Steuern auf bestimmte Konsumgüter sowie Zölle einen hohen Anteil der Einnahmen ausmachten (74,2 Prozent in den Jahren 1791–1794). Als einziger europäischer Großmacht gelang es aber dem britischen Staat, auch die direkten Steuereinnahmen in den Kriegsjahren relativ und absolut kräftig zu steigern. Grund war die von Premierminister William Pitt in mehreren Schritten ab 1799 eingeführte *income tax*, die auf mittlere und höhere Einkommen erhoben wurde. Auf dem Höhepunkt der Kriegsjahre (1811–1815) erbrachte sie durchschnittlich 15 Millionen Pfund jährlich, das waren 19,8 Prozent aller Einnahmen aus Steuern und Zöllen.⁷⁴ Die *income tax* war zwar nicht populär, wurde aber, weil sie explizit als Sonderabgabe für den Krieg eingeführt worden war, im Großen und Ganzen bereitwillig gezahlt. Nach dem Frieden von Amiens (1802) wurde sie kurzzeitig ausgesetzt, nach dem Kriegsende schnell wieder abgeschafft.

(...)